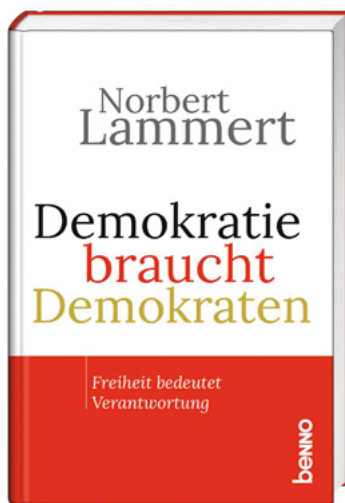


Leseprobe



Norbert Lammert

Demokratie braucht Demokraten

Freiheit bedeutet Verantwortung

64 Seiten, 10,5 x 15,5 cm, gebunden

ISBN 9783746254722

Mehr Informationen finden Sie unter st-benno.de

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

© St. Benno Verlag GmbH, Leipzig 2019

Norbert
Lammert

Demokratie
braucht
Demokraten

*Freiheit bedeutet
Verantwortung*

benno

Inhalt

Von Weimar über Bonn nach Berlin	6
Flagge zeigen! – Leitkultur?	9
Gemeinsamkeiten machen Unterschiede erträglich	14
Verfassungen sind nicht Ersatz, sondern Ausdruck der Kultur einer Gesellschaft	20
Zweifel und Fragezeichen sind Kennzeichen der westlichen Zivilisation	25
Die Weimarer Verfassung: ein guter Text für schlechte Zeiten?	29
Das Grundgesetz: eine der großen Verfassungen der Welt	40
Demokratie in Europa: geteilte Souveränität in einer globalen Welt	53
Verfassung zwischen Verpflichtungen und Veränderungen	59
Demokratie braucht Demokraten	65
Anmerkungen	71

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Informationen sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Besuchen Sie uns im Internet:
www.st-benno.de

Gern informieren wir Sie unverbindlich und aktuell auch in
unserem Newsletter zum Verlagsprogramm, zu Neuerscheinungen
und Aktionen. Einfach anmelden unter www.st-benno.de

ISBN 978-3-7462-5472-2

© St. Benno Verlag GmbH, Leipzig
Umschlaggestaltung: Rungwerth Design, Düsseldorf
Porträtfoto, Rückseite: © Konrad-Adenauer-Stiftung
Gesamtherstellung: Kontext, Dresden (A)

Von Weimar über Bonn nach Berlin

Das Jahr 2019 bietet mit drei runden Jahrestagen Anlass, an herausragende Ereignisse in der jüngeren Geschichte unseres Landes zu erinnern, die jeweils tief greifende Veränderungen der politischen Entwicklung gewesen sind: Vor hundert Jahren wurde mit der von der Weimarer Nationalversammlung verabschiedeten Verfassung die erste, früh gescheiterte deutsche Republik gegründet. Dass die Weimarer Verfassung mit dem, was sie sich vorgenommen hatte, aus vielerlei Gründen nach weniger als 14 Jahren zu Ende war und spätestens mit dem berüchtigten Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 ausgehebelt und aufgehoben wurde – formaljuristisch auf dem beachtlichen Wege der Selbstabdankung des Parlaments –, das gehört zu den bedenklichen und bedenkenswerten Erfahrungen unserer Verfassungsgeschichte. Dreißig Jahre später, nach der größten Verirrung

der deutschen Geschichte und einem zweiten verheerenden Weltkrieg, wurde im Parlamentarischen Rat in Bonn mit dem Grundgesetz das Fundament für die heutige deutsche Demokratie gelegt, die inzwischen siebzig Jahre alt geworden ist – und zugleich ein zweiter deutscher Staat, der seinen Anspruch einer „Deutschen Demokratischen Republik“ zu keinem Zeitpunkt gerecht wurde und vor dreißig Jahren mit dem Fall der Berliner Mauer am Freiheitswillen seiner Bürger endgültig gescheitert ist.

Die nachhaltige Bedeutung dieser historischen Wegmarken ist eine besonders gute Gelegenheit, über die geschriebene und die gelebte Verfassung unseres Landes nachzudenken, über Ansprüche und Realitäten, Erwartungen und Enttäuschungen. Das Thema ist gewiss nicht neu, aber offensichtlich nicht überholt, es stellt sich im Blick auf aktuelle Herausforderungen wieder neu.

Dieses Buch basiert auf drei Reden zu diesen historischen Jubiläen und ihren Verbindungen. Der Text soll ein Beitrag zu Selbstvergewisserung der Grundlagen eines demokratischen Staates und

einer freiheitlichen Gesellschaft sein, die ihre Stabilität nicht den Formulierungen einer Verfassung verdankt, sondern dem politischen Engagement aufgeklärter Demokraten.

Flagge zeigen! – Leitkultur?

In Zeiten von Fußballweltmeisterschaften oder Olympischen Spielen klingt die Aufforderung, Flagge zu zeigen, einigermaßen überflüssig, beinahe übermütig. Aber es ist wahrscheinlich schon mehr als ein schöner Zufall, dass die erste allgemein so wahrgenommene deutsche Bereitschaft, öffentlich Flagge zu zeigen, im Rahmen einer auf deutschem Boden ausgetragenen Fußballweltmeisterschaft, also 2006, und damit mehr als ein halbes Jahrhundert nach Gründung dieser Republik, stattgefunden hat.

Tatsächlich lässt sich schwerlich bestreiten und im Übrigen ja auch hinreichend gut erklären, dass die Deutschen ein etwas komplizierteres Verhältnis zu ihrem Land und seiner Geschichte haben und dass es offenkundig noch am leichtesten fällt, sich auf die Verfassung zu einigen; wobei diese schöne Einigung alleine, wenn es denn das Einzige ist, worin sich das Selbstverständnis dieses

Landes ausdrücken ließe, zugleich wieder ein Indiz für die Verlegenheit wäre, mit der man mit allem anderen umgeht oder nicht umgeht, was auch mit diesem Land und seiner Geschichte und seiner Gegenwart und nicht zuletzt auch seinen Zukunftsperspektiven zusammenhängt.

Die Diskussion, ob es, und wenn ja, was es in einer Gesellschaft über die Verfassung hinaus an Gemeinsamkeiten und Verbindlichkeiten gibt, geben soll, vielleicht geben muss, hat in Deutschland zum ersten Mal in einer breiteren Weise in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre stattgefunden und damit in einem immer noch engen zeitlichen Zusammenhang zur Wiederherstellung der Deutschen Einheit, die dafür zweifellos auch einen passenden Anlass geboten hat, einschließlic der schnell zu Ende gebrachten Verfassungsdebatte, aber auch einer ersten größeren Migrationsbewegung, die damals im Zusammenhang mit den Balkankriegen entstanden war und in deren Folge eine für deutsche Verhältnisse erstmals größere Zahl von Menschen aus einem auch kulturell anders geprägten Herkunftsraum nach Deutschland gekommen ist.

Damals ist zum ersten Mal eine Diskussion entstanden, ob es über die rechtliche Verfassung einer Gesellschaft hinaus auch so etwas wie eine kulturelle Verfassung der Gesellschaft gibt, geben kann, geben muss und ob sich das, was man mit einer solchen über rechtliche Verpflichtungen und Ansprüche hinausgehenden kulturellen Ordnung ausdrückt, formulieren lässt. Es gibt einen bis heute nicht entschiedenen, aber interessanterweise ständig fortgesetzten Streit, ob es in einer modernen liberalen Gesellschaft eigentlich so etwas wie eine Leitkultur geben könne.

Tatsächlich gibt es Begriffe, die zur Verdeutlichung dessen, worum es geht, nur begrenzt geeignet sind, ohne die möglicherweise die Debatte aber gar nicht entstanden wäre, die wir in jedem Fall dringend führen müssen. Der Begriff „Leitkultur“ gehört für mich in genau diese Kategorie: Als unmissverständliche Beschreibung dessen, worum es geht, ist der Begriff nur begrenzt geeignet, aber als Reizwort umso besser, um eine Debatte zu provozieren, die die einen dringend und die anderen auf gar keinen Fall führen wol-

len, die manche für dringend nötig und andere für scheinbar völlig überflüssig erklären.

Zunächst will ich eine Klarstellung vortragen, die hoffentlich nicht Streitig ist, nämlich die Klarstellung, was mit einem solchen Begriff sicher nicht gemeint sein kann. Jede aufgeklärte Kultur wird sich selbst nicht für die einzige, einzig mögliche, allen anderen überlegene halten können. Anders formuliert, man kann die großen Kulturen der Menschheit, ob bei den Phöniziern angefangen oder den Ägyptern, den Griechen, den Römern über die Mayas, die Inkas, die Chinesen bis in die Neuzeit, man kann die großen Kulturen der Menschheit relativ leicht in eine zeitliche Reihenfolge bringen. Sie in eine Rangfolge bringen zu wollen scheint mir ein nicht nur kühnes, sondern ein hoffnungsloses, auch beinahe widersinniges Anliegen zu sein. Wenn es also überhaupt so etwas gibt wie eine leitende, eine Anspruch oder Geltung beanspruchende Kultur in einer Gesellschaft, dann kann das nicht der Anspruch sein, über die eigene Gesellschaft, das eigene Land hi-

naus überall und für alle in gleicher Weise zu gelten, sondern für die jeweils eigene Gesellschaft, für das jeweils eigene Land. Jede Kultur, die sich ernst nimmt, ist insoweit eine Leitkultur.

Von Adolf Muschg, einem für diese Diskussion relativ unverdächtigen Zeitgenossen – Schweizer, einige Jahre Präsident der Akademie der Künste in Berlin, Träger fast aller bedeutender deutscher Literaturpreise –, stammt aus einem ähnlichen Diskussionszusammenhang die schöne Bemerkung: Brauchen wir eine Leitkultur? Antwort: Der Westen braucht keine Leitkultur, er ist eine. Ob ein so scharfsinniger und sensibler Beobachter wie Adolf Muschg heute mit Blick auf aktuelle Diskussionen im Westen und seinem mindestens in Teilbereichen erodierenden Selbstverständnis noch zu dieser prägnanten Situationsbeschreibung käme, gehört zu den Fragen, die jedenfalls eine intensive Beschäftigung lohnen.

Gemeinsamkeiten machen Unterschiede erträglich

Dass Menschen Orientierungen brauchen, welche auch immer, weil sie Halt brauchen, wenn sie sich im Leben behaupten wollen, um mit den Herausforderungen fertigzuwerden, die sie oft absehbar, aber eben auch oft nicht absehbar erreichen, um mit Widerständen fertigzuwerden, bei denen man sich an irgendetwas festhalten muss, darüber gibt es keinen ernsthaften Streit. Dass auch ganze Gesellschaften Orientierungen brauchen, gemeinsame Überzeugungen, auch Verbindlichkeiten, um die Unterschiede zu ertragen, die es gibt und die man weder aufgeben will noch soll, müsste eigentlich vor dem Hintergrund dieser Lebenserfahrungen sofort einleuchten. Tatsächlich gelingt aber genau diese Übersetzung im gesamtgesellschaftlichen Dialog oft nicht. Nicht selten erklären die gleichen Leute, die für sich im privaten Umfeld natürlich solche Orientierungen,

auch Verbindlichkeiten, für völlig unverzichtbar halten, diese als Vorgabe für eine Gesellschaft für disponibel, verzichtbar oder überflüssig.

Ich glaube, dass neben den schon spezifisch deutschen Unsicherheiten, die ich bereits erwähnt habe, auch ein allgemeinerer Reflex eine Rolle spielt: das komplizierte Verhältnis von Freiheit und Bindung. Jeder will frei sein, und die Vorstellung, dass es so etwas wie nicht beliebig auflösbare Bindungen gibt, steht einem solchen spontanen Freiheitsverhältnis im Wege. Es limitiert Spielräume. Verdrängt wird allerdings regelmäßig, dass Freiheit Bindungen voraussetzt, ohne die sie sich gar nicht entfalten kann. Und da sind wir vielleicht bei einem der hartnäckigsten Missverständnisse in modernen liberalen Gesellschaften, nämlich die weitverbreitete Erwartung, frei sei eine Gesellschaft nur dann, wenn in ihr über den eigenen Willen hinaus nichts unbedingt gilt. Tatsächlich liberal ist eine Gesellschaft aber nur dann, wenn es in ihr die Einsicht gibt und auch durchgesetzt wird, dass es ein Mindestmaß an Verbindlichkeiten für alle gibt und geben muss, weil dies die

Voraussetzung der Möglichkeit von Freiheit ist. Eine meiner zentralen Überzeugungen ist genau diese Erfahrung, dass eine Gesellschaft die Unterschiede, die es in ihr gibt, nur dann erträgt, wenn es ein Mindestmaß an Gemeinsamkeiten gibt.

Vielleicht wird das plastischer und plausibler, wenn man von der abstrakten Ebene gesamtgesellschaftlicher Bezüge, wo wieder jeder gemeint ist und keiner sich gemeint fühlt, auf eine sofort nachvollziehbare lebenspraktische Ebene geht. Ich bin in einer großen Familie aufgewachsen und habe selber eine nach heutigen Verhältnissen wieder relativ große Familie. Da ist mir von Kindesbeinen an die Unterschiedlichkeit von Menschen sehr vertraut einschließlich des Umstandes, dass selbst unter gleichen, beinahe identischen Lebensverhältnissen die Unterschiede zwischen den lebenden Exemplaren nicht weniger bemerkenswert sind als die Gemeinsamkeiten. Und natürlich ist mir bewusst, dass es in ein und derselben Familie keineswegs in allem und jedem einheitliche Vorstellungen, einheitliche Gewohnheiten, einheitliche Erwartungen und Absichten geben

muss. Es müssen nicht alle Frühaufsteher sein, es müssen nicht alle Mahlzeiten gemeinsam eingenommen werden, es müssen nicht alle Fußballfans sein oder Krimifans, und die Frage, ob abends dieses oder jenes im Fernsehprogramm geschaut wird, lässt sich inzwischen notfalls auch durch Zweit- und Drittgeräte lösen. Man muss auch nicht jedes Jahr gemeinsam in den Urlaub fahren, und die Frage, ob, wenn man gemeinsam in den Urlaub fährt, es dann auf jeden Fall in die Berge oder unbedingt an die See gehen muss, über all das kann es in ein und derselben Familie ausgeprägt unterschiedliche Auffassungen geben. Nur eins ist sicher: Wenn nichts von alledem mehr gemeinsam ist, gibt es die Familie nicht mehr. Es gibt sie nur noch als Begriff, aber nicht mehr als Lebenswirklichkeit. Ohne ein Mindestmaß an Gemeinsamkeiten hält kein Sozialverband die Unterschiede aus, die es zwischen lebenden Menschen nun einmal gibt und die das große Versprechen einer liberalen Gesellschaft sind.

Zum Spannungsverhältnis von individueller Freiheit und gesellschaftlichen Bindungen gibt es eine

ebenso prominente wie ernüchternde Bemerkung von Jean-Jacques Rousseau; sie stammt aus einer Zeit, als man überhaupt zum ersten Mal ernsthaft über so etwas Ähnliches nachgedacht hat wie das, was uns heute mit Blick auf den Demokratie-begriff vorschwebt: „Eine echte Demokratie hat es nie gegeben und wird es auch niemals geben. Denn es verstößt gegen die natürlich Ordnung, dass die Mehrheit regiert und die Minderheit regiert wird.“

Wenn das die ganze Wahrheit wäre, könnten wir alle Hoffnung fahren lassen. Denn gemessen an diesem Anspruch, dass es bitte nicht zumutbar sei, dass irgendetwas gegen meinen Willen stattfindet und Geltung beansprucht, unter dieser Erwartung ist gesellschaftliche Ordnung nicht herstellbar. Wenn denn schon im zivilen Leben, im privaten, im beruflichen Leben ein solcher Zustand – nämlich nie Gegenstand fremden Willens zu sein – nicht herstellbar ist, dann ist die Vorstellung schon einigermaßen luxuriös, dass es dann bitte schön aber im gesamtstaatlichen Rahmen hergestellt werden müsse. Mit anderen Worten:

Bei realistischer, nüchterner Betrachtung der Dinge reden wir nicht über die Frage, ob die Durchsetzung fremden Willens überhaupt möglich und zumutbar ist, sondern unter welchen Bedingungen das stattfindet.

gänzungen gegeben hat, aber sicher auch manche vermeidbare. Und dass etwa 90 Prozent der mehr als sechzig Verfassungsergänzungen, die es in den letzten siebzig Jahren gegeben hat, in Zeiten der Großen Koalitionen beschlossen worden sind, wird niemanden ernsthaft überraschen; es legt aber den nicht banalen Verdacht nahe, dass Große Koalitionen, solange sie noch mit verfassungsändernden Mehrheiten ausgestattet sind, gerne der Versuchung erliegen, untereinander gefundene Lösungen der Veränderungsberechtigung künftiger Wahlen und Parlamente durch Verfassungsergänzung zu entziehen. Das ist ein Punkt, über den es – runde Jahrestage hin oder her – in einem Jahr, in dem wir den 70. Geburtstag des Grundgesetzes feiern, im wörtlichen und übertragenen Sinne des Wortes, selbstkritisch nachzudenken lohnt.

Demokratie braucht Demokraten

Wie stabil sind liberale Grundordnungen? Wie stabil ist unsere liberale Grundordnung? Solche Fragen lassen sich mit dem gebotenen zeitlichen Abstand verlässlich eher von Historikern beantworten als von Verfassungsrechtlern, Staatsrechtslehrern oder Politologen, von handelnden Politikern gar nicht zu reden. Gibt es überhaupt stabile politische Systeme? Die Frage ist keineswegs banal. Und wovon hängt die Stabilität politischer Systeme eigentlich ab? Dass Demokratien jedenfalls keine eo ipso stabilen, sich selbst erhaltenden Systeme sind, dafür gibt es in der Historie hinreichend viele Beispiele – auch und gerade in der deutschen Geschichte und bedauerlicher Weise auch in der Gegenwart.

Unter den vielen Ereignissen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen und Faktoren, die die kurze Geschichte der Weimarer Republik begleitet und am Ende ihr frühes Ende verursacht haben, ist mit

Blick auf die Beendigung einer demokratischen Verfassungsordnung der wohl wichtigste operativ entscheidende Umstand gewesen, dass in bis zum Ende im Großen und Ganzen freien und fairen Wahlen letztlich das Wahlverhalten einer Mehrheit der Wahlberechtigten Verfassungsfeinden die Dispositionen über die Lebenswirklichkeit dieser Republik in die Hand gegeben hat.

Manche der Debatten, die damals geführt wurden oder die heute mit Blick auf eine kritische Nachlese von tatsächlichen und vermeintlichen Defiziten der Weimarer Verfassung geführt werden, kommen uns sehr aktuell vor, und sie sind es auch: die Zweifel an der Repräsentativ-Verfassung, die Erwartung von Alternativformen einer möglichst breiten politischen Beteiligung, die Konzentration auf das eigene Land und die Weigerung, Kompetenzen zu teilen, um in einer gründlich veränderten globalisierten Welt durch geteilte Souveränität einen möglichst großen Einfluss auf die gründlich veränderten Rahmenbedingungen zu behalten.

2018 ist ein Buch von zwei amerikanischen Poli-

tikwissenschaftlern, Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, erschienen mit dem schlichten Titel „Wie Demokratien sterben“. Das Deprimierende an dem Buch ist: Man schlägt es zu und fragt sich, was haben die Autoren eigentlich Neues entdeckt, und kommt zu dem Ergebnis – nichts. Alles, was sie schreiben, haben wir mitbekommen, wir haben nur die Bedeutung nicht registriert. Und sie beschreiben an mehr als zwei Dutzend Beispielen, wie bestehende, in Entwicklung befindliche, mehr oder weniger etablierte Demokratien erodieren. Eine Erfahrung, die wir Deutsche in Gestalt der Weimarer Republik schon vor achtzig, neunzig Jahren gemacht haben. Und sie weisen darauf hin, früher seien Demokratien klassischer Weise gefährdet gewesen durch Militärputsche, durch Bürgerkriege oder durch externe militärische Angriffe. Heute, sagen die Autoren, werden Demokratien nicht mehr durch Militärputsche gestürzt. Sie gehen auch nicht in Bürgerkriegen unter. Sie scheitern in Wahlen; sie werden durch Wahlergebnisse gefährdet, durch die sich alte und neue Formationen legitimiert fühlen, mit dieser demokratischen

Legitimation im Rücken Minderheitsrechte zu beschneiden, die Unabhängigkeit der Justiz aufzuheben oder die Freiheit der Medien, nicht selten beides, vorzugsweise ohne förmliche Änderung der Verfassung, und auf diese Weise das, was wir für selbstverständlich halten, am Ende nicht nur nicht zu bewahren, sondern zu beseitigen.

Barack Obama hat in seiner Abschiedsrede in Chicago wenige Tage vor dem Amtswechsel den schlichten, aber prägnanten Satz gesagt: „Die Demokratie ist immer dann am meisten gefährdet, wenn die Menschen beginnen, sie für selbstverständlich zu halten.“ Er hat damals vermutlich noch nicht geahnt, wie schnell das auch für sein eigenes Land zutreffen könnte. Für uns trifft es sicher zu. Wir halten die Demokratie längst für selbstverständlich. Wir haben sie zwar erst seit siebzig Jahren, aber das ist lang genug, um zu glauben, anders als demokratisch könne es ja gar nicht sein.

Politische Systeme sind nicht unsterblich. Es gibt keine Überlebensgarantie, weder für autoritä-

re noch leider für demokratische Systeme. Und die jüngeren Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, in Ungarn, in Rumänien, in Polen, in Italien, in Deutschland sind mindestens Indizien dafür, dass Demokratien keine sich selbst erhaltenden Systeme sind. Wer oder was entscheidet über die Stabilität einer liberalen Grundordnung? Jedenfalls nicht der Verfassungstext, sondern die Entschlossenheit der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die Stabilität einer demokratischen Verfassung noch wichtiger zu finden als die jeweiligen eigenen politischen Präferenzen. Das kann man für eine Zumutung halten und in bestimmten konkreten Situationen ist es auch eine. Aber sie ist die Voraussetzung dafür, einem ganzen Land, einer ganzen Gesellschaft und allen Menschen, die in ihr leben, größere und irreparable Zumutungen zu ersparen.

Vielleicht ist das größte Überlebensrisiko einer vermeintlich stabilen Demokratie die Großzügigkeit, dass sie ihren Bürgern ermöglicht, sich zu beteiligen, aber niemand dazu verpflichtet. Es geht aber um unser Land, unsere Demokratie; da-

für sind wir und nur wir verantwortlich – wir, das heißt jeder Einzelne von uns.

Anmerkungen

Dieses Buch beruht auf drei Vorträgen, die Norbert Lammert 2018/2019 hielt:

Flagge zeigen! Zum Selbstverständnis unseres Staates und zum Selbstbewusstsein unserer Gesellschaft

In Kooperation mit dem Rotary Club München-Schwabing lud die Katholische Akademie Bayern den ehemaligen Bundestagspräsidenten zu den „Schwabinger Vorträgen“ ein. Am 16. Juli 2018 sprach der CDU-Politiker zum Thema „Flagge zeigen! Zum Selbstverständnis unseres Staates und zum Selbstbewusstsein unserer Gesellschaft“.

Unsere Demokratie und ihre Verfassung

Vortrag anlässlich des 143. Geburtstags von Konrad Adenauer am 5. Januar 2019 bei der jährlichen gemeinsamen Veranstaltung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Königswinter/Bonn.

Wie stabil ist unsere liberale Grundordnung? Internationale Perspektiven zur Zukunft demokratischer Verfassungen

Rede im Rahmen der „Woche der Demokratie“ des Deutschen Nationaltheaters Weimar in Kooperation mit dem Goethe-Institut am 5. Februar 2019 im Deutschen Nationaltheater in Weimar.

Norbert Lammert

Norbert Lammert hat die Politik in Deutschland über fast vier Jahrzehnte aktiv begleitet und in wichtigen Ämtern mitgestaltet. Zwölf Jahre war er Präsident des Deutschen Bundestages, dem er von 1980 bis 2017 angehörte. In den Regierungen von Helmut Kohl amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär in den Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft, für Wirtschaft und schließlich für Verkehr sowie als Koordinator der Bundesregierung für die Luft- und Raumfahrt.

Begonnen hat Norbert Lammert sein politisches Engagement als Mitglied des Rates seiner Heimatstadt Bochum, wo er 1948 geboren wurde. Über zwanzig Jahre war er Parteivorsitzender der CDU im Ruhrgebiet, dem er bis heute in Aufsichts- und Beratungsgremien der Wirtschaft wie der Kultur eng verbunden geblieben ist.

2003 erhielt Lammert einen Lehrauftrag für Politikwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, die ihn 2008 zum Honorarprofessor ernannte. Seine zahlreichen Publikationen befassen sich mit gesellschafts-, wirtschafts- und kulturpolitischen Themen.

Seit Januar 2018 ist er Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.